

## „Am Übergang von einer Legislaturperiode zur nächsten – Versuch einer Bilanz aus Sicht der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“

Zum Ende der laufenden Legislaturperiode kann die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auf eine insgesamt gemischte Bilanz zurückblicken: Positiv zu vermerken war bereits zu Beginn der Legislaturperiode die Koalitionsvereinbarung, die ein sehr deutliches Bekenntnis zu einer starken nationalen wehrtechnischen Kompetenz enthielt. Hieraus entstand dann Mitte 2015 erstmals ein Katalog von national bedeutsamen sog. „Schlüsseltechnologien“, gefolgt von einem Strategiepapier des BMVg, dem „Strategiepapier zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“. Hiermit wurden erstmals Pflöcke eingeschlagen, ohne die heute die Wahrnehmung einer Rolle als „Framework Nation“ oder auch einer führenden Rolle bei der Ausgestaltung des anstehenden „European Defence Industry Development Plan“ (EDIDP) kaum vorstellbar wäre.

Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode aber auch das neue Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr verabschiedet. Dies beschreibt die sicherheitspolitische Lage Deutschlands mit seinen neuen Herausforderungen gegenüber „asymmetrischen“ und wieder neu entstandenen „symmetrischen“ Bedrohungen. Nicht zuletzt wird der nationalen Rüstungskompetenz ein nicht unwesentlicher Stellenwert eingeräumt.

Vergleichsweise verhalten muss demgegenüber unser Urteil über Teile der Exportkontrollpolitik in der letzten Legislaturperiode ausfallen. Es kann aus der Sicht unserer Mitgliedsunternehmen nicht gutgeheißen werden, dass z.B. die sog. Komplementärgenehmigungen auf ganzer Linie ausgesetzt und damit Vertrauen in die deutsche wehrtechnische Industrie bei ausländischen Kunden und Partnern auf breiter Front aufs Spiel gesetzt wurde. Kein Kunde kann es verstehen, wenn eine einmal genehmigte Ausfuhr für ein zur Gewährleistung zurückgesandtes Teil nicht mehr gilt, obwohl das Eigentum daran schon vorher auf den Kunden übergegangen war. Keine Partnerschaft auf europäischer oder internationaler Ebene toleriert eine solche Praxis. So entstand der vielfach zitierte Ruf nach „German-free“ Systemen, bei dem sich das Gütesiegel „Made in Germany“ unversehens in sein unbeabsichtigtes Gegenteil verkehrt hatte.

Nun zum Ende der Legislaturperiode sind wiederum ganz andere Wirkkräfte zu beobachten, die den neuen sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen – Brexit, Präsidentschaftswahl in den USA und der Politik Russlands – geschuldet sind und dazu führen, dass Europa gemeinsam mehr Verantwortung übernehmen muss. Diese Forderung ist auch in den politischen Gremien Europas angekommen; ihr wird in den in den letzten Monaten mit hoher Dynamik nachgegangen. Seit Mitte 2016 werden fast monatlich neue Mitteilungen der Kommission oder Verordnungsvorschläge vorgelegt.

Sie dienen allesamt dem politisch vernünftigen Ziel, Verteidigungs- und Rüstungsanstrengungen in Europa auf eine supranationale Basis zu stellen, um damit die Effizienz zu steigern, indem Redundanzen und teure nationale Eigenheiten abgebaut werden. Diese Kooperationen sind allerdings nur realisierbar mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung und vor allem mit entsprechend klarem politischen Willen auf allen Seiten.

In eben diesem Sinne versuchen Deutschland und Frankreich, nicht zuletzt mit den Ministerratsbeschlüssen vom 13. Juli 2017, eine Vorreiterrolle einzunehmen und dabei für bestimmte Großvorhaben bereits konkrete Weichenstellungen vorzubereiten. Diesen Prozess gilt es nun ebenso mit Leben zu füllen wie auf der europäischen Ebene die Instrumente des EU-Verteidigungsfonds und des EDIDP. Die Bundesregierung und speziell das hierbei federführende Bundesministerium der Verteidigung scheinen erkannt zu haben, wie wichtig bei der Bewältigung dieser Herausforderung nicht nur die richtige Einschätzung der nach wie vor wichtigen nationalen Interessen ist, sondern auch, dass der anstehende Abstimmungsprozess nur in einem engen Schulterschluss zwischen dem Ministerium auf der einen und der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auf der anderen Seite zu erreichen ist. Die jetzt anstehende Gestaltung der europäischen Projektdefinitions- und Förderprozesse wird langfristige



**BDSV**

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Auswirkungen auf die Strukturen und Kompetenzen innerhalb der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie haben.

Hierbei ist es aber wichtig, stets im Auge zu haben, dass die Realisierung der unbestreitbar wichtigen europapolitischen Ziele am Ende nicht zu Lasten der deutschen wehrtechnischen Kompetenz gehen darf, sondern ganz im Gegenteil diese Kompetenz (zu der auch unsere vielen mittelständischen „Champions“ gehören) ein Anker für das Gelingen supranationaler Kooperationen auf der europäischen Plattform sein wird. Um dies sicherzustellen, gilt es nun, die deutsche Industrie an allen Vorhaben entsprechend zu beteiligen und hierzu entsprechend klare und transparente Auswahl- und Finanzierungsstrukturen zu schaffen. Das Gebot der Stunde heißt daher Partnerschaft und Wertschätzung im Umgang miteinander, was auch auf andere Themen ausstrahlen sollte.

Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen supranationaler Kooperationsprojekte im Bereich der Rüstung wird die erfolgreiche Harmonisierung der bisher stark divergierenden Sicherheits-, Bau-, Abnahme- und Zulassungsstandards sein. Nur wenn wir bereit sind, hier mit Augenmaß Abstriche von unseren hohen deutschen Standards

zu machen (wobei die Industrie mit ihrer Expertise wesentlich zum Erfolg dieser Bemühungen beitragen kann) und in diesem Punkten auf unsere Kooperationspartner zuzugehen, werden gemeinsame bi- und multinationale Projekte tatsächlich möglich werden.

In diesem Zusammenhang stellt schließlich auch eine harmonisierte Rüstungsexportkontrolle eine besondere politische Herausforderung dar. Dies wird letztlich ohne eine politische Verständigung über eine Harmonisierung der Rüstungsexportkontrolle in Europa nicht möglich sein. Europäische Regierungen sollten sich nicht gegenseitig daran hindern, Rüstungsgüter aus gemeinsamer Entwicklung oder Fertigung auszuführen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten deutsch-französischen Initiative hin zu einer engeren europäischen Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik.

Wir sehen daher insgesamt bilaterale oder trilaterale G2G-Abkommen als geeignete Instrumente, um eben diese von der Politik gewünschten Kooperationsprojekte stärker zu ermöglichen. Weitere nationale Alleingänge zu mehr Restriktionen in der Exportkontrolle wären daher alles andere als zielführend.

In der deutschen Beschaffungspolitik erwarten wir gerade unter dem Druck stetig erhöhter Investitionsbudgets für die Bundeswehr mehr Planungs-, Finanzierungs- und Beschaffungssicherheit auf der Amtsseite. Der Beschaffungsprozess muss den aktuellen Anforderungen der Bundeswehr angepasst werden. Ziel muss eine schnellere Bereitstellung neuer Fähigkeiten für die Bundeswehr sein. Dabei geht es nicht um reine „Aufrüstung“, sondern um das Schließen von bestehenden Ausrüstungslücken und die Bereitstellung notwendiger Fähigkeiten zur Erfüllung der vom Parlament beschlossenen Aufträge der Bundeswehr.

Der neue Industriedialog zwischen dem BMVg und der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (vertreten durch den BDSV) ist für die Schaffung von Transparenz und Vertrauen hierfür ein notwendiger und richtiger Schritt, der zwingend auch in der kommenden Legislaturperiode fortgesetzt werden muss.

Der neu zu wählende Deutsche Bundestag und eine neue Bundesregierung stehen vor großen Herausforderungen, und zwar sowohl national wie auch europäisch und im Rahmen der NATO. Die neuen Chancen in Europa sollten pragmatisch und frei von Illusionen weiterverfolgt werden. Denn am Ende sind es bei allen beteiligten Ländern nach wie vor die wohlverstandenen nationalen Interessen, die erst die Basis für eine wirklich verbesserte Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit auch bei gemeinsamen Rüstungsanstrengungen bilden.

**Dr. Hans Christoph Atzpodien**

Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.